

**VERMERK**

---

Betr.:            **Plenartagung**<sup>1</sup>  
                      **- 4. Juli 2003**

---

**1. Bericht des Vorsitzenden des Konvents über die Tagung des Europäischen Rates in Thessaloniki**

Der Vorsitzende berichtete von der Tagung des Europäischen Rates am 20. Juni in Thessaloniki, auf der er den Verfassungsentwurf im Namen des Europäischen Konvents vorgestellt hat. Er unterstrich, dass die Staats- und Regierungschefs den Text ausgesprochen positiv aufgenommen und sehr begrüßt hätten. Dies sei ermutigend, und er glaube, dass der Text, auf den sich der Konvent am 13. Juni im Konsensverfahren geeinigt habe, weitgehend auf Zustimmung stoße. Der Europäische Rat habe begrüßt, dass in der endgültigen Fassung auf Optionen verzichtet worden sei. Mehrere Mitglieder des Europäischen Rates hätten erklärt, dass sie dem Text in der vorliegenden Fassung zustimmen könnten. Andere wollten, dass einige Punkte im Rahmen der im Herbst beginnenden Regierungskonferenz (RK) geprüft werden. Alle seien jedoch der Ansicht, dass der Text des Konvents die Grundlage für die Arbeit der RK darstelle.

Der Vorsitzende erläuterte ferner, dass er die Staats- und Regierungschefs davor gewarnt habe, den vom Konvent angenommenen Entwurf wieder "aufzudröseln". Der Konvent habe nämlich ein Gesamtgleichgewicht erreicht, das jedoch anfällig sei; jeder Versuch, es zu verändern, könne es gefährden oder sogar zunichte machen.

---

<sup>1</sup> Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

## 2. Aussprache über die Reaktionen auf Dokument CONV 802/03 und die überarbeitete Fassung in Dokument CONV 836/03

Der Vorsitzende wies zu Beginn der Aussprache darauf hin, dass die Konventsmitglieder mehr als 1600 Änderungsvorschläge eingebracht hätten. Diese seien wie gewohnt in einem Synthesebericht (Dok. CONV 821/03) zusammengefasst worden; eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die in der ersten Fassung nicht berücksichtigt worden waren, seien in einem Addendum beigefügt worden.

Der Vorsitzende erklärte, dass sich das Präsidium nach Beratungen über die ihm vorliegenden Änderungsvorschläge entschieden habe, einige Änderungsvorschläge zu Teil III (Dokument CONV 836/03) zu unterbreiten. Das Präsidium werde seine Arbeit auf Grundlage der von den Konventsmitgliedern auf der heutigen Tagung vorgebrachten Bemerkungen und Kommentare mit Blick auf die letzte Tagung am 9./10. Juli fortsetzen.

Rund sechzig Konventsmitglieder meldeten sich zu Wort (vgl. Liste in der Anlage). Die einzelnen Wortmeldungen lassen sich den folgenden übergreifenden oder speziellen Themen zuordnen:

- **Symbole der Union:** Eine erhebliche Anzahl von Konventsmitgliedern plädierte für die Aufnahme eines Artikels, in dem die Symbole der Union (Hymne, Feiertag, Währung, Flagge usw.) aufgeführt werden. Diese Konventsmitglieder meinten, dass Einvernehmen über ihren Vorschlag besteht, da bisher noch nie ein Gegenantrag vorgebracht worden ist (übrigens auch nicht auf dieser Tagung). Sie baten das Präsidium ihren erneuten Antrag, den sie mit besonderem Nachdruck stellten, zu berücksichtigen.
- **Qualifizierte Mehrheit:** Viele Konventsmitglieder sprachen sich für eine Ausweitung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit aus. Nur so könnten die Mitgliedstaaten gezwungen werden, wirklich zu verhandeln; dagegen bestehe die Gefahr, dass bei einem Festhalten an der Einstimmigkeitsregel die Beschlussfassung in einem Europa mit 25 Mitgliedstaaten blockiert werde. Ein Konventsmitglied rief jedoch dazu auf, der Versuchung, eine Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit vorzuschlagen, zu widerstehen, um den Konsens im Konvent nicht zu gefährden.

- **Steuerwesen:** Das Steuerwesen gehört zu den Bereichen, die im Zusammenhang mit einer möglichen Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit am häufigsten angeführt wurden. Viele Konventsmitglieder äußerten sich unzufrieden mit den vorliegenden Texten, die aus ihrer Sicht dafür sorgten, dass weiterhin Stillstand in diesem Bereich herrsche. Die Texte, die die Union in der Vergangenheit im Steuerbereich angenommen habe, zeugten nicht von sonderlich großer Zielstrebigkeit; der Konvent müsse ehrgeizigere Vorschläge vorlegen, die auf eine Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit zielten, wenigstens auf die Bereiche (indirekte Steuern, ....), bei denen ein enger Zusammenhang mit der Errichtung des Binnenmarktes bestehe.
  
- **Sozialpolitik:** Zahlreiche Konventsmitglieder forderten ferner nachdrücklich, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf die gesamte Sozialpolitik (Artikel III-99) auszuweiten.
  
- **Nichtdiskriminierung:** Eines der Themen, bei denen am häufigsten ein Übergang zur qualifizierten Mehrheit verlangt wurde. Eine beträchtliche Anzahl von Konventsmitgliedern plädierte nachdrücklich für einen Verzicht auf den Einstimmigkeitszwang in diesem Bereich (Artikel III-5).
  
- **Einwanderungspolitik:** Einige Konventsmitglieder forderten im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Artikels III-163 eine Rückkehr zur Einstimmigkeitsregel bei diesen Fragen; anderenfalls müsse der Anwendungsbereich des Artikels eingengt werden. Die Zuständigkeit für die Festlegung von Einwanderungsquoten oder der Bedingungen für den Zugang von Drittstaatsangehörigen zum Arbeitsmarkt müsse weiterhin bei den Mitgliedstaaten liegen.
  
- **Europäische Staatsanwaltschaft:** Die Konventsmitglieder äußerten unterschiedliche Ansichten zu den Bestimmungen über die Europäische Staatsanwaltschaft (Artikel III-170): Während sich einige dafür aussprachen, diesbezüglich eine verstärkte Zusammenarbeit in der Verfassung festzuschreiben, forderten andere die Streichung des Artikels.
  
- **Offene Koordinierungsmethode:** Mehrere Konventsmitglieder traten erneut dafür ein, dass die offene Koordinierungsmethode in der Verfassung verankert wird. Der Vorsitzende erwiderte ihnen, dass sich das Präsidium bemühen werde, ihrem Antrag zu entsprechen und die offene Koordinierungsmethode in die betreffenden Artikel einzubeziehen.

- **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik:** Viele Redner gingen auf dieses Thema ein. Eine große Mehrheit von ihnen befürwortete eine Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit. Mehrere Konventsmitglieder schlugen vor, dass über einen gemeinsamen Vorschlag des Außenministers der Union und der Kommission mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden solle. Andere meinten, dass zumindest nicht ein einziger Mitgliedstaat einen Beschluss, den alle anderen befürworteten, verhindern dürfe.
  
- **Europäischer diplomatischer Dienst:** Viele Konventsmitglieder befassten sich mit der Einrichtung eines europäischen diplomatischen Dienstes. Alle befürworteten die Schaffung eines solchen Dienstes, doch wandten manche ein, dass hierdurch kein neuer Verwaltungsapparat neben der Kommission und dem Generalsekretariat des Rates entstehen dürfe. Sie forderten hierfür Garantien.
  
- **Verteidigung:** Mehrere Konventsmitglieder wiesen darauf hin, dass bestimmte Texte immer noch Probleme aufwerfen, insbesondere die Artikel III-208 und III-209. Einige plädierten insbesondere für einen Rückgriff auf die in den Bestimmungen über die verstärkte Zusammenarbeit enthaltenen Garantien und den Grundsatz der Offenheit.
  
- **Euratom:** Einige Konventsmitglieder befassten sich mit den Bestimmungen über den Euratom-Vertrag, wobei sich die meisten für eine substantielle Neugestaltung aussprachen; zumindest müsse hierfür eine Überprüfungsklausel vorgesehen werden. Einer von ihnen stellte zudem den Antrag, dass keine Fusion der Rechtspersönlichkeit mit der Rechtspersönlichkeit der Union in Betracht gezogen werden dürfe.
  
- **Landwirtschaft:** Mehrere Konventsmitglieder kamen auf die Agrarpolitik zu sprechen und bedauerten, dass die diesbezüglichen Bestimmungen nicht "modernisiert" worden seien, um den jüngsten Entwicklungen Rechnung zu tragen. Ein Konventsmitglied sprach sich dafür aus, die Aufteilung zwischen den Fragen, die unter das ordentliche Gesetzgebungsverfahren fallen, und den Regelungen, die vom Rat erlassen werden, zu überprüfen, um den Bereich dieser Regelungen, insbesondere was die Annahme von Bestimmungen über die Beihilferegelungen betrifft, zu erweitern.

- **Wald:** Einige Konventsmitglieder beantragten, dass der Wald in den Bestimmungen über die Gemeinsame Agrarpolitik erwähnt wird.
  
- **Gerichtshof:** Mehrere Konventsmitglieder erhoben die Forderung, dass der Gerichtshof in Fragen der GASP zuständig sein soll, vor allem soweit es um Maßnahmen gegen Einzelpersonen oder um die Auftragsvergabe im Bereich der GASP oder der Verteidigung und insbesondere das Europäische Rüstungsamt geht.
  
- **Handelsverhandlungen und "Kulturausnahme":** Einige Konventsmitglieder setzten sich erneut und mit Nachdruck dafür ein, dass in Artikel III-212 über die Handelsverhandlungen die geltenden Vertragsbestimmungen aufgenommen werden (, nach denen die Zuständigkeit für Abkommen über den Handel mit audiovisuellen und kulturellen Dienstleistungen sowie mit Dienstleistungen im Bereich Bildung und Gesundheitswesen zwischen der Union und den Mitgliedstaaten aufgeteilt ist). Manche Konventsmitglieder stellten diese Frage in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen.
  
- **Gesundheitswesen:** Mehrere Konventsmitglieder sprachen den Artikel über das Gesundheitswesen (III-174) an und plädierten dafür, die Bekämpfung grenzüberschreitender schwerer Krankheiten nicht wie derzeit in dem die Fördermaßnahmen betreffenden Absatz 5, sondern in Absatz 4 betreffend die geteilten Zuständigkeiten im Gesundheitsbereich aufzuführen.
  
- **Finanz- und Haushaltsbestimmungen:** Einige Konventsmitglieder sprachen sich dafür aus, die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit bei der Schaffung neuer Eigenmittel anzuwenden, andere plädierten für Einstimmigkeit für die Annahme der finanziellen Vorausschau. Was das jährliche Haushaltsverfahren betrifft, so beantragten einige, dass das Gleichgewicht zwischen den beiden Teilen der Haushaltsbehörde (Ministerrat und Parlament) wiederhergestellt wird, indem die Vorrechte des Ministerrates gestärkt werden.

- **Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse:** Viele Konventsmitglieder haben sich zu der vom Präsidium vorgeschlagenen Neufassung geäußert, derzufolge dieser Artikel (Artikel III-5, ex-Artikel 16 EGV) eine Rechtsgrundlage darstellen würde. Die meisten Redner begrüßten den Vorschlag des Präsidiums, der in eine Richtung weise, die sie schon lange befürworteten. Einige meinten jedoch, er gehe nicht weit genug, insbesondere weil der Anwendungsbereich dieser Bestimmung auf die "wirtschaftlichen" Dienstleistungen beschränkt bleibe oder weil diese Dienstleistungen weiterhin den Wettbewerbsregeln unterliegen würden. Andere Konventsmitglieder kritisierten dagegen den Vorschlag, durch den aus ihrer Sicht ein bestehendes Gleichgewicht in Frage gestellt und die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedstaaten geändert werden könne.
  
- **Verstärkte Zusammenarbeit:** Einige Konventsmitglieder sprachen die Mechanismen der verstärkten Zusammenarbeit an und forderten, dass die Länder, die sich an einer verstärkten Zusammenarbeit beteiligen, beschließen können, in den Fällen, in denen die Rechtsgrundlage Einstimmigkeit vorschreibt, Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit zu fassen.
  
- **WWU und Ordnungspolitik:** Zahlreiche Konventsmitglieder haben sich hierzu geäußert und die Auffassung vertreten, dass die vom Präsidium vorgeschlagenen Bestimmungen nicht klar genug seien und nicht ausreichen; im Konvent gebe es nämlich Befürworter einer Verstärkung der Ordnungspolitik im Euro-Währungsgebiet. Diese Konventsmitglieder plädierten dafür, dass die Länder des Euro-Währungsgebiets, die ab 2004 in der Union in der Minderheit sein werden, über die sie betreffenden Fragen alleine - jedoch in Anwesenheit aller Mitgliedstaaten - beschließen können.
  
- **Tierschutz:** Einige Konventsmitglieder traten dafür ein, dass die Bestimmungen über den Tierschutz verstärkt werden und in Teil III selbst (statt wie derzeit in einem Protokoll im Anhang) stehen.
  
- **Tourismus:** Einige Konventsmitglieder plädierten für die Einführung bzw. die Wiedereinführung einer Rechtsgrundlage zur Förderung des Tourismus.

- **Verfahren zur Änderung der Verfassung:** Eine größere Gruppe von Konventsmitgliedern äußerte im Zusammenhang mit den Bestimmungen über die Änderung der Verfassung die Aussicht, dass für den einen oder anderen Teil der Verfassung weniger strikte Änderungsverfahren vorgesehen werden sollten. Mehrere Konventsmitglieder sprachen sich zudem dafür aus, dass die Zustimmung des Europäischen Parlaments für den Fall vorgeschrieben sein soll, dass der Rat beschließt, den Vertragstext ohne vorherige Einberufung eines Konvents zu ändern.
- **Nächste Regierungskonferenz (RK):** Mehrere Konventsmitglieder beantragten, dass der Konvent auf die eine oder andere Weise in der Regierungskonferenz vertreten sein müsse. Diesbezüglich wurden verschiedene Vorschläge vorgebracht, u.a. dass dem Vorsitzenden und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden eine besondere Rolle übertragen oder dass der Konvent selbst in mehr oder weniger großen Abständen einberufen werden könnte.

### 3. Fazit und Ausblick

Der stellvertretende Vorsitzende Amato machte die Konventsmitglieder abschließend darauf aufmerksam, dass eine Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit - angesichts vielerorts bestehender Bedenken - Probleme aufwerfen würde; die Verfassung könne sich jedoch dank der "Brücken" noch weiterentwickeln. Der Vorsitzende teilte anschließend mit, dass die nächste und letzte Plenartagung am Mittwoch, den 9. Juli um 15 Uhr beginne. Zuvor könnten Sitzungen im Rahmen der Komponenten bzw. Fraktionen stattfinden. Die Abschlusstagung finde am Donnerstag, den 10. Juli statt.

---

LISTE DES ORATEURS

Session plénière vendredi 4 juillet 2003

1. Mme Anne VAN LANCKER - Parlement européen
2. M. Hübert HAENEL - France (Parlement)
3. M. Joschka FISCHER - Allemagne (Gouvernement)
4. M. Göran LENNMARKER - Suède (Parlement)
5. M. Aloiz PETERLE - Slovénie (Parlement)
6. M. Andrew DUFF - Parlement européen
7. M. Tunne KELAM - Estonie (Parlement)
8. M. Elmar BROK - Parlement européen
9. M. Gijs de VRIES - Pays Bas (Gouvernement)
10. M. Josep BORRELL - Espagne (Parlement)  
*(Cartons bleus : Matsakis, Maij-Weggen, Fischer, Spini, Fayot, Berger, Duhamel, Floch, Tusek, Scotland)*
11. Mme Teija TIILIKAINEN - Finlande (Gouvernement)
12. M. Olivier DUHAMEL - Parlement européen
13. M. Alfred SANT - Malte (Parlement)
14. M. Marietta GIANNAKOU - Grèce (Parlement)
15. M. René van der LINDEN - Pays Bas (Parlement)
16. M. Jari VILEN - Finlande (Parlement)
17. M. Alain LAMASSOURE - Parlement européen
18. M. Jürgen MEYER - Allemagne (Parlement)
19. M. Vytenis ANDRIUKAITIS - Lituanie (Parlement)
20. M. Alberto COSTA - Portugal (Parlement)
21. M. Jens-Peter BONDE - Parlement européen  
*(Cartons bleus : Lennmarker, Brok, De Vries, McDonagh, Einem, Speroni, Floch)*
22. M. Pierre LEQUILLER - France (Parlement)
23. M. Proinsias DE ROSSA - Irlande (Parlement)
24. M. Caspar EINEM - Autriche (Parlement)
25. M. Erwin TEUFEL - Allemagne (Parlement)
26. M. Paraskevas AVGERINOS - Grèce (Parlement)
27. M. Sören LEKBERG - Suède (Parlement)
28. Mme Hanja MAIJ-WEGGEN - Parlement européen  
*(Cartons bleus : Kiljunen, Dini)*



## SUPLÉANTS

29. Baroness SCOTLAND - Royaume Uni (Gouvernement) \* suppléant M. Hain
30. M. Adrian SEVERIN - Roumanie (Parlement) \* suppléant M. Hasotti
31. Mme Pervenche BERES - Parlement européen \* suppléante Mme McAvan
32. M. Juraj MIGAS - Rép. Slovaque (Gouvernement) \* suppléant M. Korcok
33. M. Sven-Olof PETERSSON - Suède (Gouvernement) \* suppléant Mme Hjelm-Wallén
34. M. António NAZARÉ PEREIRA - Portugal (Parlement) \* suppléant Mme Azevedo
35. M. Oguz DEMIRAL - Turquie (Gouvernement) \* suppléant M. Gul
- (Cartons bleus : Barnier)*
36. M. Bobby McDONAGH - Irlande (Gouvernement) \* suppléant M. Roche
- (Cartons bleus : Duff, Duhamel, Martins, Van Lancker, Bruton, Abitbol)*
37. M. Paolo PONZANO - Commission \* suppléant M. Vitorino
38. M. Gerhard TUSEK - Autriche (Gouvernement) \* suppléant M. Farnleitner
39. Mme Lenka ROVNA - Rép. Tchèque (Gouvernement) \* suppléante M. Kohout
40. M. Pierre CHEVALIER - Belgique (Gouvernement) \* suppléant M. Michel
41. M. Carlos CARNERO - Parlement européen \* suppléant M. Marinho
42. M. Henrik HOLOLEI - Estonie (Gouvernement) \* suppléant M. Meri
43. M. Robert MACLENNAN - Royaume Uni (Parlement) \* suppléant M. Heathcoat-Amory
44. M. Manuel LOBO ANTUNES - Portugal (Gouvernement) \* suppléant M. Lopes
45. Mme Pascale ANDREANI - France (Gouvernement) \* suppléante M. De Villepin
46. M. Joachim WUERMELING - Parlement européen \* suppléant M. Méndez de Vigo
47. M. Valdo SPINI - Italie (Parlement) \* suppléant M. Follini
48. Mme Marie NAGY - Belgique (Parlement) \* suppléante M. Di Rupo
49. Lord STOCKTON - Parlement européen \* suppléant M. Kirkhope
50. M. Jan VAN DIJK - Pays Bas (Parlement) \* suppléant M. Timmermans

## OBSERVATEURS

- M. Josef CHABERT - Comité des régions
- M. Manfred DAMMAYER - Comité des régions
- Mme Claude DU GRANRUT - Comité des régions
- M; Emilio GABAGLIO - Partenaires sociaux
- (Cartons bleus : Einem, Tusek, Voggenhuber, Van Lancker)*